



## Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 2025

Bundesgericht; Projekt "justitia.swiss"; Elektronische Kommunikation in der Justiz; Vernehmlassung

---

P241844

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an [info@justitia.swiss](mailto:info@justitia.swiss).

### **Begründung**

Der Zugang zur Justiz ist ein Grundprinzip eines demokratischen Rechtsstaats, so dass der digitale Wandel in dieser Hinsicht sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance darstellt. Einerseits geht es darum, den Bedürfnissen der Rechtssuchenden sowie der Angehörigen juristischer Berufe – u. a. Mitarbeitende der Gerichte – gerecht zu werden und andererseits darum, den Zugang zu den Gerichten mithilfe moderner Technologien zu erleichtern. Die Vereinbarung soll die Funktionsweise der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die im künftigen Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) vorgesehen ist, regeln. Der Vernehmlassungsentwurf wird vom Regierungsrat begrüsst.

